

Mario Rümmler

Die Novellierung des öffentlich-rechtlichen
Rundfunks in Spanien und dessen
Anpassung an europäische Normen

Diplomarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2007 GRIN Verlag
ISBN: 9783638042536

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/90221>

Mario Rümmler

**Die Novellierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
in Spanien und dessen Anpassung an europäische Nor-
men**

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Mario Rümmler

Die Novellierung des landesweiten öffentlich-rechtlichen
Rundfunks in Spanien und dessen Anpassung an
europäische Normen

Diplomarbeit

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich Medien

Mittweida / 2007

Bibliographische Beschreibung

Rümmler, Mario:

Die Novellierung des landesweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Spanien und dessen Anpassung an europäische Normen. - 2007 - 160 S.

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Medien, Diplomarbeit, 2007

Referat

Diese Diplomarbeit untersucht die dem landesweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Spanien zugrunde liegende Gesetzgebung und ihre Novellierung im Jahr 2006 im Spannungsfeld zwischen den Vorgaben und Normen der Europäischen Union und den landesspezifischen Besonderheiten Spaniens. Unter der Maßgabe, dass den negativen Auswirkungen der Medienkonzentration nur durch starke öffentlich-rechtliche Medien begegnet werden kann, ist das Ziel eine möglichst alle Aspekte berücksichtigende Bewertung des Mediengesetzes 17/2006, welches den landesweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu regelt. Um dies zu ermöglichen werden die wichtigsten europäischen Medienverordnungen, -gesetze und -entschlüsse vorgestellt sowie das Mediensystem Spaniens in seiner Entwicklung, mit allen relevanten Gesetzen und Marktteilnehmern beleuchtet.

Inhaltsverzeichnis

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	6
Vorwort und Danksagung	7
1. Untersuchungsrahmen	8
2. Theoretischer Bezugsrahmen	14
2.1 <i>Allg. Klassifikation der Rundfunksysteme</i>	14
2.1.1 Public Service Modell	15
2.1.2 Staatsrundfunk	15
2.1.3 Kommerzielles Modell	16
2.1.4 Duales Rundfunkmodell	16
2.2 <i>Rundfunkordnungen nach Hallin und Mancini</i>	16
2.3 <i>Entwicklungsmodelle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Jakubowicz</i>	18
3. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk aus europäischer Sicht	19
3.1 <i>Entwicklung in Europa</i>	19
3.2 <i>Entstehung und Eckpunkte einer gemeinsamen Rundfunkpolitik</i>	21
3.2.1 Europäische Menschenrechtskonvention	22
3.2.2 Empfehlung 748/1975	22
3.2.3 Grünbuch „Fernsehen ohne Grenzen“	23
3.2.4 Empfehlung 1067/1987	23
3.2.5 Europäisches Übereinkommen zum grenzüberschreitenden Fernsehen	24
3.2.6 Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“	25
3.2.7 Empfehlung 1147/1991	26
3.2.8 Prager Entschließung	27
3.2.9 Empfehlung Nr. R (96) 10	31
3.2.10 Vertrag zur Gründung der EG	32
3.2.11 Transparenzrichtlinie	35
3.2.12 Mitteilung zur Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen	35
4. Mediales System Spaniens	36
4.1 <i>Entwicklung des spanischen Rundfunksystems</i>	37
4.1.1 Entwicklung spanischer Medien seit dem Beginn der Franco-Diktatur	37
4.1.2 Richtlinien der spanischen Medienpolitik	43
4.1.2.1 Öffentlich-rechtliches Fernsehen	45
4.1.2.2 Privatfernsehen	46
4.1.2.3 Bewertung	49

4.2. Mediennutzung	50
4.3. Akteure im spanischen Rundfunkmarkt	52
4.3.1 Fernsehen	52
4.3.2 Hörfunk	58
5. Landesweiter öffentlicher Rundfunk RTVE	60
5.1. Öffentliche spanische Rundfunkanstalt Ente Público RTVE	60
5.1.1 Struktur und Kontrolle der Ente Público RTVE	61
5.1.2 Entwicklung	65
5.1.2.1 Das Hörfunk- und Fernsehstatut von 1980	65
5.1.2.2 Verfahren der Europäischen Kommission	69
5.1.2.3 Novellierung des Hörfunk- und Fernsehstatutes im Jahr 2001	70
5.1.3 EU-Vorgaben und -Empfehlungen	71
5.2 Corporación RTVE nach dem Gesetz 17/2006	72
5.2.1 Rechtliche Vorgaben	74
5.2.1.1 Auftrag und Programm	74
5.2.1.2 Struktur der Rundfunkanstalt	77
5.2.1.3 Finanzierung	78
5.2.2 Interne Organisation und Entscheidungsfindung	81
5.2.2.1 Verwaltungsrat	81
5.2.2.2 Präsident	83
5.2.2.3 Aufsichtsorgane	84
5.2.3 Externe Einflüsse	86
5.2.3.1 Einfluss der Politik	86
5.2.3.2 Einfluss der Zivilgesellschaft	87
5.2.4. Beachtung kultureller und historischer Besonderheiten	89
5.2.4.1 Kulturelle Aspekte	89
5.2.4.2. Demokratische Ziele	90
5.3 Die Umsetzung des Gesetzes 17/2006	91
6. Zusammenfassung	94
7. Appendix	97
8. Literaturverzeichnis	145

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 – TV-Einschaltquoten in Prozent /2004	51
Abb. 2 – Verfügbarkeit DVB-T in Spanien /2005	57
Abb. 3 – Struktur der Ente Público RTVE	64
Abb. 4 – Schuldenentwicklung der RTVE in Mio. Euro	68

Vorwort und Danksagung

Das Thema dieser Arbeit beschäftigte mich bereits seit einiger Zeit und das Verfassen dieser Diplomarbeit gab mir die Gelegenheit mich intensiver damit auseinanderzusetzen. Sommer 2003. Ich beschloss dem Alltag für einige Zeit zu entfliehen und fand mich kurz darauf in Vorfreude auf spanische Wärme und die kulturellen Besonderheiten eines Melting-Pots in Barcelonas Altstadt als Mieter eines sechs Quadratmeter großen Zimmers wieder. Am Küchentisch traf ich damals, was mich heute noch so an Spanien aber auch an den spanischen Sprachen reizt. Ein Andalusier, eine Katalanin, eine Baskin und ein Kolumbianer vermittelten mir den Reiz einer Weltsprache gepaart mit der regionalen Verbundenheit der spanischen Kulturen. Als ich später als Erasmus-Stipendiat für ein halbes Jahr wieder nach Spanien kam, nahm ich mir vor, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der spanischen Regionen zu erkunden. Mein Augenmerk galt dabei den unterschiedlichen Medien als permanenten Ausdruck dieser Kulturen. Meine Erfahrungen und Eindrücke wurden so Teil dieser Arbeit.

Ich möchte mich bei meiner Familie für ihr Vertrauen und den bedingungslosen Rückhalt, den ich immer wieder bei ihnen finden konnte, bedanken.

Weiterhin möchte ich mich bei allen bedanken, die durch ihre wissenschaftlichen Ratschläge und ihre moralische Unterstützung zu dieser Arbeit beigetragen haben.

Besonderen Dank gilt hier Marcel Hartwig für seine engagierte Bereitschaft mich bei wissenschaftlichen Fragen zu unterstützen und Ines Deeg, die mir besonders in der letzten Phase der Arbeit moralisch beigestanden hat.

Zuletzt möchte ich mich bei meinem Betreuer Herrn Prof. Dr. Ludwig Hilmer bedanken. Seine stetige Bereitschaft zur Unterstützung machten diese Arbeit erst möglich.

1. Untersuchungsrahmen

Ende 2006 erschien im spanischen Staatsanzeiger eine in der europäischen Medienlandschaft viel beachtete Meldung. Beide parlamentarische Kammern der *Cortes Generales* hatten in ungewohnter Einstimmigkeit¹ die Ernennung des zukünftigen Vorstandes und dessen Präsidenten der neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt RTVE zugestimmt. Damit wurde der lange angemahnte Weg für die Neugründung der RTVE endlich frei. Bereits 1996 beschrieb Daniel Salamanca die wirtschaftliche Lage der landesweit sendenden Rundfunkanstalt als prekär und erwähnte Versuche der spanischen Volkspartei *Partido Popular* zumindest einen der zwei öffentlich-rechtlichen Rundfunksender zu privatisieren.² Weiterhin brachte die zu starke Ausrichtung an den Interessen der jeweils regierenden Partei dem öffentlichen Rundfunk den Ruf eines verlängerten Armes der Regierung ein.³ Zuletzt machte die Europäische Rundfunkunion (ERU) in ihrer Madrider Erklärung vom Januar 2005 auf die Situation der RTVE aufmerksam und stellte zugleich Forderungen für eine Reform der Anstalt.⁴

Das Ziel der Arbeit ist es daher diesen Reformprozess anhand des ihm zugrunde liegenden Gesetzes 17/2006 über den landesweiten öffentlichen Rundfunk im Hinblick auf Europäische Standards und Gesetze zu analysieren und damit die Anpassung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Spanien an Aspekten wie Pluralismussicherung und Unabhängigkeit zu untersuchen.

Erklärtes Ziel ist es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken da ihm innerhalb dualer Rundfunkordnungen die Rolle eines Garthüters der pluralistischen Meinungsbildung und dem Schutz, sowie der Vermittlung von demokratischen und kulturellen Werten, welche die privaten Sendeanstalten

¹ Vgl. Tele Digital y Satélite Infos (2006)

² Vgl. Salamanca (1996), S. 218f

³ Vgl. Jahn (2003), S. 1

⁴ Vgl. Europäische Rundfunkunion (2005), S. 2

nicht zu erfüllen bereit oder in der Lage sind, zukommt.⁵ Dieser Status von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Sinne einer stabilen und ausgeglichenen dualen Rundfunkordnung ist seit langem von allen europäischen Seiten anerkannt⁶ und findet zudem sowohl im Amsterdamer Vertrag als auch in verschiedenen anderen Veröffentlichungen des Europäischen Parlaments und des Europarates seinen Ausdruck.

Als Grund für diese notwendige Stärkung ist die Gefahr der Instrumentalisierung von Seiten der Politik aber auch im verstärkten Maße durch die Wirtschaft zu nennen.⁷ Diese Bedrohung liegt in der zunehmenden Medienkonzentration auf den nationalen und internationalen Märkten begründet. Dabei wächst in Politik und Gesellschaft die Angst, dass nur noch einige wenige große Medienkonglomerate eine Vielzahl der verfügbaren Medien kontrollieren, den Markt durch ihre Kraft zur Meinungsbildung beherrschen⁸ und überdies den Wettbewerb auf den nationalen Märkten behindern.⁹ Konkrete gesellschaftliche Folgen der Medienkonzentration können aufgrund der fehlenden Forschung in diesem Bereich noch nicht abgeschätzt werden.¹⁰ Doch gerade die transnationalen Konzentrationsbestrebungen lassen ein Spannungsfeld zwischen den ursprünglichen Zielsetzungen nationaler und europäischer Rundfunkpolitik, wie der Sicherung nationaler und kultureller Identitäten, Pluralismuswahrung sowie der Sicherung des freien Wettbewerbs entstehen.¹¹ In einer für die Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen erstellten Studie heißt es, dass weniger der aktive Missbrauch von Macht durch große Medienunternehmen eine Gefährdung darstellt, sondern eine eher latente Einflussnahme auf den politischen Diskurs und den die Gesellschaft

⁵ Vgl. Europäische Rundfunkunion (1998), S. 1

⁶ Vgl. Nikoltchev (2007), S. 7ff

⁷ Vgl. Hallin / Mancini (2004), S. 37

⁸ Vgl. Europäische Kommission (2007), S. 7

⁹ Vgl. Roßnagel / Strothmann (2004), S. 27

¹⁰ Vgl. Trappel / Meier / Schrape / Wölk (2002), S. 5f

¹¹ Vgl. Roßnagel / Strothmann (2004), S. 27

beherrschenden Deutungsmustern der Lebenswelt, kurzum den gesellschaftlichen Normen und Leitbildern stattfindet.¹²

Der Medienwissenschaftler Werner A. Meier formuliert die Gefahr drastischer, nach seiner Meinung schaltet fortlaufende Medienkonzentration die publizistische Selbstreflexion und damit das Vermögen aus, die eigene journalistische Leistung einem inhaltlichen Wettbewerb preiszugeben, der Demokratie droht durch die Oligopolisierung der Medien ein massiver Schaden.¹³

Am deutlichsten tritt eine wirtschaftliche Instrumentalisierung in Staaten hervor, welche durch das teilweise oder vollständige Fehlen einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkkultur gekennzeichnet sind (kommerzielles Rundfunkmodell). Im rein ökonomisch ausgerichteten Mediensystem der USA ohne signifikanten Einfluss von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern¹⁴ werden große Sendernetzwerke zu immer stärkeren Partnern von Lobbyisten. Durch Kostendruck stark in ihrer Arbeit eingeschränkten Nachrichtenredaktionen wird zum Beispiel kostenloses Videomaterial zur Verfügung gestellt, welches die jeweilige Lobbymeinung widerspiegelt.¹⁵ Die damit verbundene einseitige Beeinflussung des öffentlichen Diskurses führt – so wird befürchtet – dabei zu einer Einschränkung der Meinungsvielfalt, da Gegenmeinungen systematisch ausgeblendet werden.¹⁶

Aufgrund der nicht abzuschätzenden Folgen von Medienkonzentration haben die einzelnen europäischen Mitgliedstaaten umfangreiche Regularien geschaffen, welche eine zu starke Ballung von Medienmacht verhindern sollen¹⁷. Als Instrumente hierfür dienen häufig Beteiligungsbeschränkungen, also Kontrollmechanismen, welche anhand wirtschaftlicher Aspekte (Schwerpunkt

¹² Vgl. Trappel / Meier / Schrape / Wölk (2002), S. 5f

¹³ Vgl. Meier (2004), S. 4

¹⁴ Vgl. Hallin / Mancini (2004), Tabelle S. 42 und S. 229

¹⁵ Vgl. Goeßmann (2007), S. 56ff

¹⁶ Vgl. Meier (2004), S. 5

¹⁷ Vgl. Europäische Kommission (2007), Annex S. 20 bis S. 40

Wettbewerbskontrolle¹⁸⁾ die Gefahr von drohenden Monopolisierungen indizieren und verhindern sollen.¹⁹ Allerdings griff in der Vergangenheit eine Vielzahl der erlassenen Maßnahmen erst nach der Entstehung von Medienimperien.²⁰ Führende Medienkonzerne entzogen sich zudem häufig der wirtschaftlichen Beschneidung ihres Wachstums²¹ oder wurden in bestimmten Fällen aus wirtschaftspolitischen Gründen zur Monopolisierung ermutigt.²² So setzte man in der Folge festgelegte Beteiligungsbeschränkungen immer höher oder verschleierte sie mittels komplizierter Beteiligungsstrukturen.²³

Durch die Öffnung des europäischen Binnenmarktes und den zunehmenden Globalisierungsprozess tritt ferner die Problematik zu Tage, dass nationale Gesetze im europäischen und globalen Kontext ihre Wirksamkeit verlieren.

Da im Bereich der privaten Medienwirtschaft bislang erfolglos versucht wird die Gefahr der Instrumentalisierung durch die Vermeidung der Ballung von Medienmacht zu verhindern, gilt es die zweite Säule der Dualen Rundfunkordnung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Europa, zu stärken. Dies wird mittlerweile als gesamteuropäische Aufgabe angesehen und der Europäischen Gemeinschaft als transnationale Organisation eine hohe Regulierungskompetenz eingeräumt²⁴, die sie nicht nur in ihrem eigentlichen Kerngebiet, der Erhaltung eines funktionsfähigen Wirtschaftsraumes ausübt. So gelten die Entschlüsse und Erklärungen des Ministerkomitees als Entscheidungsorgan des Europarates als Normativ für die positive Entwicklung nationaler öffentlich-rechtlicher Rundfunkkultur. Zudem sind sie weitestgehend deckungsgleich mit anderen in Europa wirkenden Medienautoritäten wie der Europäischen Rundfunkunion oder des Open Society Institute.

¹⁸ Vgl. Meier (2004), S. 5

¹⁹ Vgl. Nikoltchev (2001), S. 1ff

²⁰ Vgl. Roßnagel / Strothmann (2004), S. 27

²¹ Vgl. ebd., S. 27

²² Vgl. Meier (2004), S. 6

²³ Vgl. Open Society Institute (2005), S. 72

²⁴ Vgl. Roßnagel / Strothmann (2004), S.30ff

Wie eingangs bereits angesprochen, widmet sich diese Arbeit der Analyse des Gesetzes über den landesweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Spanien (*Ley 17/2006*) in Bezug auf dessen Anpassung an Europäische Normen und den Erfordernissen einer unabhängigen dem Pluralismus verpflichteten Rundfunkanstalt, dabei sollen aber auch nationale Gesichtspunkte ihre Beachtung finden.

Als Beispiel für solch eine Analyse Spaniens zu nehmen ist gleich aus zwei Gründen hochinteressant, zum einen wird innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses das dynamische spanische Mediensystem oftmals vernachlässigt, zum anderen bietet sich durch die hohe Aktualität hier die Chance den Einfluss auch kürzlich getroffener Entscheidungen der Europäischen Kommission mit in die Diskussion aufzunehmen.

Die Arbeit gliedert sich entsprechend den von mir gesetzten Schwerpunkten in vier Teilabschnitte:

Das Kapitel über die Klassifikation der Rundfunksysteme vermittelt einen theoretischen Überblick über die in der Welt vorherrschenden Rundfunksysteme und dient damit als Grundlage für das Verständnis europäischer Mediensysteme. Neben dem einfacheren Modell der Europäischen Rundfunkunion wird zudem das wesentlich detailreichere Modell der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Daniel C. Hallin und Paolo Mancini vorgestellt. Eine Beschreibung der Entwicklungsmodelle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks rundet den theoretischen Bezugsrahmen ab.

Die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa rückt das nächste Kapitel in den Fokus und thematisiert die Entstehung einer gemeinsamen Europäischen Medienpolitik mit ihren Forderungen und Normen von der Europäischen Menschenrechtskonvention bis hin zu den jüngsten Entschlüssen zur Beihilfethematik. Besonders die hier vorgestellte Prager Entschlüsse ist für die spätere Analyse des Gesetzes 17/2006 von Bedeutung.

Da es für das Verständnis der einzelnen Paragraphen des neuen Gesetzes zum landesweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunk notwendig ist, die

Besonderheiten in der Entwicklung von Politik und Gesellschaft in Spanien zu kennen, wendet sich das vierte Kapitel zunächst der Entwicklung der spanischen Medien seit der Diktatur Francos zu, es folgt eine Zusammenfassung der im spanischen Recht für den Bereich der Medien verfügbaren Gesetze und wie diese durch missbräuchliche Auslegung verwendet werden konnten. Um die Wichtigkeit des Rundfunks und speziell des Fernsehfunks zu verdeutlichen schließen sich Unterkapitel mit der Mediennutzung der Spanier zusammen mit den wichtigsten Akteuren des Rundfunkmarktes an.

Der vierte Abschnitt dieser Arbeit widmet sich dem landesweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Spanien, verkörpert durch die öffentliche Rundfunkanstalt RTVE. Innerhalb dieses Abschnittes erfolgt eine Zweiteilung. Im ersten Teil wird die Entwicklung und Struktur der alten auf dem Gesetz 4/1980 beruhenden Rundfunkanstalt Ente Público RTVE zusammen mit den für eine Gesundung notwendigen Veränderungen dargestellt. Der zweite Teil analysiert die einzelnen Abschnitte des Gesetzes 17/2006, erklärt die Zusammenhänge zu spezifischen Aspekten Spaniens und nimmt Stellung zur Anpassung an die im zweiten Abschnitt vorgestellten Normen. An dieser Stelle soll ebenfalls die Frage geklärt werden, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunkbetreiber in Zukunft in der Lage sein wird seinen öffentlichen Auftrag im Sinne eines binnenpluralistischen Systems zur Stärkung der Meinungsvielfalt zu erfüllen.

Die Stellung öffentlicher Unternehmen in Zeiten von Globalisierung und Neoliberalismus genauso wie die Auswirkungen der modernen Medien auf unsere Gesellschaft, sowie die stabilisierende Wirkung von öffentlich-rechtlicher Rundfunkkultur auf Pluralismus und Demokratie oder gar das Zusammenwirken all dieser Punkte wird an anderer Stelle zu deuten sein.

Im Text findet häufig der eigentlich veraltete Begriff der Rundfunkanstalt Gebrauch. Er meint im ursprünglichen Sinne die Verbreitung von Inhalten mittels elektromagnetischer Wellen. Da sich aber im Medienbereich ein Wandel weg von klassischen hin zu einer Vielfalt an digitalen Übertragungswegen (Handy-TV, Internet, DVB) vollzieht, müsste man folgerichtig vom erweiterten